

Sehr geehrter Herr Buß, sehr geehrte Frau Fetzner, sehr geehrte Damen und Herren,

**Positive Taten setzen eine positive Einstellung voraus**, so formulierte es einmal der Dalai Lama. Das soll die Überschrift zur Haushaltsrede der SPD sein, auch wenn in unserem Land zurzeit eher eine gedrückte Stimmung herrscht.

Die Konjunktur steckt weiterhin in einer Rezession, die verschiedene Gründe hat. Da sind zum einen die ungünstigen außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch eine nachlassende globale Dynamik, aber auch durch die US-Importzölle, die zu geringeren Auslandsaufträgen führen. Zum anderen ist die Inlandsnachfrage vor allem im privaten Konsum weiterhin verhalten, da sich die Kaufkraft der Bevölkerung verringert hat. Zudem halten die Konsumenten auch wegen der bedrohlichen geopolitischen Lage ihr Geld zusammen. Das produzierende Gewerbe in Baden-Württemberg steht vor einem riesigen Umwandlungsprozess. Hier rächt sich das jahrelange Ausruhen auf dem Erfolg der Auto- und Maschinenbauindustrie sowie die zu geringe Diversifizierungs- und Innovationsbereitschaft, z.B. beim E-Auto, aber auch falsche Geschäftspolitik wie ausschließlich Produktion hochpreisiger Autos. Fast wöchentlich wird von hohen Umsatzeinbußen in der hiesigen Autoindustrie und großen Zuliefererbetrieben berichtet. Nur 13% der Industriebetriebe in der Region Stuttgart bewerten ihre Geschäftslage als gut, aber 42% als schlecht. Die massiven Gewerbesteuererhöhungen in Stuttgart sind ein Warnsignal für ganz Baden-Württemberg. Nun deutet sich zudem an, dass mit einer höheren Arbeitslosenzahl zu rechnen ist. So stieg in Baden-Württemberg die Zahl der Arbeitslosen auf 4,8%. Ein gewisser Lichtblick ist die Inflationsrate, die mit 2,3 % akzeptabel ist.

Die aufgezeigten wirtschaftlichen Entwicklungen sind der Hintergrund, vor denen die Kommunen überall im Land nun ihre Haushalte aufstellen müssen – die meisten mit steigender finanzieller Schieflage. Obwohl in den 2010er Jahren allgemein höchste Steuereinnahmesteigerungen zu verzeichnen waren, schlitterten viele Kommunen in einen Investitionsrückstau, weil die höheren Einnahmen in neuen, von Bund und Land übertragenen Aufgaben wieder gebunden wurden. Immer lauter wird deshalb zurecht von den Kommunen die Einhaltung des Konnexitätsprinzips eingefordert, also dass öffentliche Ausgaben, die Bund und Land durch neue Gesetze generieren, auch von diesen bezahlt werden nach dem Prinzip „wer bestellt, bezahlt“. Zudem gibt es die berechtigte Forderung, dass die Kommunen einen deutlich höheren Anteil an Umsatz- und Einkommenssteuern erhalten um all ihre Aufgaben der Daseinsfürsorge - aber auch freiwillige Ausgaben, die ganz wesentlich zur Identifikation der Menschen mit ihrem Ort sind – zu finanzieren. Die Kommunen sind die Basis des Gemeinwesens, hier spürt die Bürgerschaft ganz direkt, wie mit den Steuergeldern umgegangen wird, weshalb Sparmaßnahmen auch hier sehr schnell bemerkt werden.

Das Land Baden-Württemberg hat jüngst die Hilferufe der Kommunen in seinem Nachtragshaushalt bedacht. So sollen zur Stärkung der Liquidität der Kommunen 550 Millionen Euro zusätzlich in den kommunalen Finanzausgleich fließen. Zudem haben sich das Land und die kommunalen Spitzenverbände darauf geeinigt, dass rund zwei Drittel des Sondervermögens des Bundes an die Kommunen fließen. Das sind rund 8,7 Milliarden Euro, die aber ausschließlich für investive Zwecke verwendet werden dürfen. Zudem wurde die dauerhafte Betriebskostenfinanzierung in Höhe von 68% beim Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung zugesagt. Das alles sind Schritte in die richtige Richtung, die auch zeigen, welche Bedeutung der Gemeinde- und Städtetag für die Kommunen haben.

**Zu unserem laufenden Haushalt:** Vor allem aufgrund des geschätzten Rückgangs der Gewerbesteuer um 3,5 Mio € war dieses Jahr ein Nachtragshaushalt erforderlich, um unsere Liquidität bei 2,6 Mio € zu erhalten und keine Kredite aufnehmen zu müssen. Seither hat sich unsere Finanzsituation glücklicherweise etwas verbessert, aber wir müssen bis zum Jahresende mit einem negativen Gesamtergebnis von rund 4 Mio.€ rechnen, immerhin 3 Mio€ weniger als die im Nachtragshaushalt veranschlagten 7 Mio €. Aber die Aussicht auf ein negatives Ergebnis bleibt.

Wir haben aber in den letzten 2 Jahren viele „positive Taten“ durchgeführt. Bildung und Betreuung – beides zentrale Bausteine für mehr Bildungsgerechtigkeit - stellten wiederum einen großen personellen, baulichen und damit finanziellen Schwerpunkt unseres Haushaltes dar. Hier ist nach wie vor an erster Stelle das Großprojekt der Gymnasiumssanierung zu nennen. So konnte dieses Jahr die Hauptbausanierung beendet werden, die einen nachhaltigen Quantensprung für dieses Gebäude darstellt. Erfreulicherweise kann --Stand heute - der Kostenrahmenplan von 57,8 Mio. € eingehalten werden. Der dritte Bauabschnitt ist angelaufen und im Haushalt sind wegen der Änderung der Schulbauförderung weitere 2,8 Mio € Förderung dafür eingeplant. Dieses Projekt bindet dennoch weiterhin große Teile unserer Investitionskapazitäten.

### **Nun zum Doppelhaushalt 26/27**

Im Ergebnishaushalt sind für beide Jahre je 12 Mio € Gewerbesteuer veranschlagt, also 3 Mio € weniger als zuvor. Wir gehen aber davon aus, dass sich unsere Gewerbesteuerzahler auf diesem Niveau als verlässlich zeigen. Sie bilden neben dem Einkommenssteueranteil unsere Haupterträge, die zusammen auf rund 51 bzw. 54

Mio. € veranschlagt werden. Doch unsere Aufwendungen übersteigen mit 55 Mio € diese Erträge um 4 bzw. 1 Mio €. Die Personalkosten steigen bedingt durch die neuen Tarifvereinbarungen des TVÖD und Besoldungsanpassungen v.a. in 2027 stark (ein Drittel unserer Aufwendungen), aber auch durch die Schaffung neuer Stellen an. Wir halten jedoch diese neuen Stellen im Kultur-, Kindergarten- und Schulkinderbetreuungsbereich sowie beim Standesamt für unumgänglich, um die anfallende Arbeit zu erledigen und Überforderung, die häufig zu Abwanderung führt, zu vermeiden. Wir hoffen aber gleichzeitig darauf, dass an anderer Stelle ein Abbau mittelfristig möglich ist.

Auch die **Sach- und Dienstleistungen** nehmen aufgrund der erhöhten Aufwendungen für Energie und EDV-Kosten zu und liegen mit rund 12 Mio € fast gleichauf mit den Gewerbesteuerereinnahmen. (Die Kreisumlage erhöht sich im Jahr 2026 noch einmal gegenüber dem laufenden Jahr).

Die Ergebnishaushalte 26 und 27 sind strukturell unterfinanziert. Da die Planung v.a. für 2027 hohe Risiken durch die unsichere wirtschaftliche Entwicklung v.a. bezüglich der Kinderbetreuung, der Ganztageschule, der Gymnasiumssanierung und des Filsgebietes West enthält, kann es gut sein, dass wir 2027, trotz einer geplanten Kreditaufnahme von 1 Mio €, wieder einen Nachtragshaushalt brauchen, um unsere Mindestliquidität zu erreichen. Aufgrund der momentan schwierigen finanziellen Situation haben wir damit begonnen, **Freiwilligkeitsleistungen** auf den Prüfstand zu stellen und dabei auch schon Einiges identifiziert, das zurückgefahren werden kann. Dabei müssen wir aber vorsichtig vorgehen, denn Leistungen ganz zu streichen, heißt häufig, dass sie für immer weg sind. Es sind aber die freiwilligen Leistungen wie Vereinszuschüsse, Bibliothek und Städtepartnerschaften, die eine Stadt lebendig machen und zu einem Gemeinsinn führen, der heute immer mehr schwindet.

So reiste beispielsweise im Frühjahr eine Plochinger Delegation in die Bretagne, nach St. Aubin du Cormier. Nachdem schon fast seit 10 Jahren eine Schulpartnerschaft zwischen unserem Gymnasium und dem dortigen Collège besteht, entstand der Wunsch, diese Beziehungen auch auf die kommunale Ebene auszuweiten. Wir befürworten diese Entwicklung ausdrücklich und hoffen hier auf weitere Schritte.

Auch die Themen des **Klima- Umwelt- und Naturschutzes** sind für uns so wichtig, dass man in diesen Bereichen keine freiwilligen Aufwendungen zurückfahren darf.

Die für 2026 und 27 vorgesehenen **Investitionen** sind allesamt notwendig und sinnvoll, denn hauptsächlich wird damit unser Anlagevermögen erneuert und erfährt damit einen Wertzuwachs. Verdeckte Schulden werden abgebaut, denn verschobene Sanierungen sind Schulden der Zukunft. Hier sind v.a. Straßen- und Rohrleitungserneuerung, Dachsanierungen, Brandschutzmaßnahmen, Rettungswege und Katastrophenschutz, aber auch die Medienausstattung und Digitalisierung und der Ausbau der Breitbandversorgungen zu nennen. Der Umbau der Panorama- und Marquardtschule für die Ganztagesbetreuung ist unumgänglich, wird aber vom Land stark bezuschusst. Die Erweiterung des Bauhofes ist für zeitgemäße Arbeitsplätze zu begrüßen. Nach dem Erwerb des St.Konrad- Kindergartens steht die Sanierung und Aufstockung zur weiteren Bedarfsdeckung an Betreuungsplätzen an. Alle Maßnahmen, die der Verkehrswende zugutekommen (Radwegenetz, ÖPNV, Bahnhofsvorplatz, Ausbau Eisenbahnstraße zwischen Bahnhof und Lamm), sind letztendlich Beiträge zum Klimaschutz und zur Verbesserung der Lebensqualität in unserer Stadt. Ein wichtiger Teil unseres Investitionsbudgets geht ins Filsgebiet West, was schon einen sehr langen Planungsvorlauf hat, genauso wie der Radschnellweg. Auch die Flüchtlingsunterbringung bleibt ein wichtiges Thema. Ein Anliegen sind für uns von der SPD zudem die Maßnahmen, die unsere Friedhöfe freundlicher gestalten.

Noch ein Satz zu den 8,6 Mio €, die Plochingen in den nächsten 12 Jahren aus den 100 Milliarden des Sondervermögens des Bundes erhält, das es übrigens ohne die SPD gar nicht gegeben hätte. Die Gelder werden uns zwar für unsere Investitionen helfen, lösen aber dennoch unser strukturelles Haushaltsdefizit leider nicht.

Nun zu unseren Anträgen, die verschiedene Bereiche betreffen.

Im Bereich **Verkehr** plädieren wir zunächst für die Einrichtung eines Buskaps bei der Haltestelle „Kapelle“. Des Weiteren beantragen wir einen Interimsanschluss des Radschnellweges an den innerstädtischen Verkehr. Zudem bitten wir die Verwaltung darum, Ideen für private Wallboxen in Verbindung mit PV-Anlagen in Wohngebieten zu entwickeln. Im **Kulturbereich** wünschen wir uns eine Neugestaltung des Europaplatzes und schlagen erweiterte Öffnungszeiten unserer Galerie an Sonntagen vor. Im Bereich **Umwelt/Stadtklima** setzen wir uns dafür ein, innerstädtische Bäche in Plochingen wieder aus dem Untergrund zu holen.

Beim Thema **Umweltschutz** sprechen wir uns für ein Bußgeld für das Wegwerfen von Zigarettenkippen aus. Zudem beantragen wir, in den örtlichen Bauvorschriften und Gestaltungsrichtlinien ein Verbot von Plastikzäunen und -pflanzen als Einfriedung im Stadtgebiet festzulegen.

Im Themenbereich **Finanzen** sprechen wir uns für die Einführung der Grundsteuer C aus. Was das Thema **Verwaltung** betrifft, beantragen wir die Schaffung eines neuen Amtes im Bereich „Erziehung, Bildung und Kultur“.

Da uns **Bürgerliches Engagement** sehr wichtig ist, fordern wir die Einführung der Ehrenamtskarte Baden-Württemberg zur Aufwertung des Ehrenamtes.

Im Themenbereich **Bürgerbeteiligung** haben wir 2 Anträge. Zum einen beantragen wir eine Zukunftswerkstatt zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität auf unseren Spielplätzen und zum anderen sprechen wir uns dafür aus, geeignete Formen und Verfahren der Jugendbeteiligung zu konzipieren und durchzuführen.

Meine Damen und Herren, wir haben also mit unserer **positiven Einstellung** viele **positiven Vorhaben**, die wir hier im Gemeinderat in einem konstruktiven Miteinander zum Wohle unserer Bürgerschaft voranbringen wollen

Dabei ist uns ein wertschätzender Umgang im Gemeinderat, mit der Verwaltung und mit denen, die tagtäglich für die Stadt Plochingen arbeiten, besonders wichtig.

Nur wenn wir die Arbeit aller Beteiligten respektieren und anerkennen, schaffen wir ein Klima, in dem konstruktive Beratungen, Entscheidungen und Umsetzungen möglich sind. Kritik und Kontrolle gehören selbstverständlich dazu. Aber es kann nicht sein, dass die Arbeit des Gemeinderats nur darin besteht, auf die Fehler der Verwaltung zu lauern, um sich mit der Aufdeckung dieser eventuellen Fehler selbst profilieren zu können. Wer ehrlich ist zu sich selbst, wird zugeben, dass das Sprichwort „Wo gehobelt wird, fallen Späne“ nicht aus der Luft gegriffen ist.

Fehler machen wir alle. Die Frage ist nur, **wie** wir damit umgehen. Fehler - konstruktiv angesprochen und gemeinsam behoben – sind eine Chance, es ein nächstes Mal besser zu machen. Wir wünschen uns, dass Kritik sachlich formuliert wird und sich auf Inhalte, nicht auf Personen bezieht. Streitigkeiten und Vorwürfe auf persönlicher Ebene blockieren die gemeinsame Arbeit und demotivieren diejenigen, die Verantwortung tragen und für die Umsetzung unserer Beschlüsse zuständig sind.

In diesem Sinne hoffen wir auf positive Taten und bedanken uns bei allen Mitarbeitenden der Stadt Plochingen.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

---